

Mehr Sicherheit in unseren Städten!

Was der Ruf nach neuen Ordnungsdiensten über die aktuelle Konstitution unserer Gesellschaft verrät.

Begonnen hat es in Linz und Wels im Jahr 2009: Die Mitte-rechts-Parteien sahen die Sicherheit in ihren Städten gefährdet und forderten im Wahlkampf die Errichtung einer „Stadtwatch“. So wollten sie den von ihnen wahrgenommenen Mangel des „subjektiven Sicherheitsgefühls der Bevölkerung“ lindern bzw. für mehr „Ordnung und Sauberkeit im Stadtgebiet“ sorgen. Die neun Welser Ordnungswache-MitarbeiterInnen wurden noch vor der Gemeinderatswahl beschlossen und versehen seit Sommer 2009 ihren Dienst. In Linz sind 18 Angestellte des „Ordnungsdienstes“ seit September 2010 im Einsatz, ab Oktober 2011 werden sie dann auf 30 Bedienstete aufgestockt.

Der Wunsch nach mehr Sicherheit hat also die Ordnungsdienste geboren. Die Kompetenzen der Ordnungsdienste sind allerdings sehr bescheiden. Denn aus der österreichischen Erfahrung der Zwischenkriegszeit, wo sich zwei bewaffnete Formationen bekämpften, resultiert eine Bestimmung in der österreichischen Bundesverfassung, die in Städten, wo es eine Bundespolizei-Direktion gibt, die Installation eines weiteren Wachkörpers untersagt. Also dürfen die Ordnungsdienste bis dato nicht mehr tun, als jeder Private auch darf: nämlich aufklären und Missstände anzeigen.

Wenn beträchtliche Teile der Bevölkerung mehr Sicherheit wünschen, könnte man meinen, dass die objektive Sicherheitslage schlecht ist. Aber das Gegenteil ist der Fall: Eine Sicherheitsstudie der Universität Linz – aus dem Jahr 2009 - schätzt die objektive Sicherheitslage von Linz – im Vergleich zu deutschen Städten – als sehr gut ein. Und auch die zuständige Innenministerin hat Linz im Jahr 2009 noch als „sicherste Landeshauptstadt Österreichs“ bezeichnet. Auch um die „subjektive Sicherheit“ ist es ganz gut bestellt: Nach der Sicherheitsstudie der Uni Linz fürchtet „nur“ ein Fünftel der LinzerInnen, selbst Opfer einer Gewalttat werden zu können.

Was steht hinter dem Verlangen nach mehr Sicherheit?

Wenn also sowohl die objektiven Daten als auch das subjektive Empfinden sehr zufrieden stellend sind, muss sich hinter dem Verlangen nach mehr Sicherheit ein tiefer liegendes Motiv verbergen. Über Sicherheit hat schon der englische Philosoph Thomas Hobbes (1588-1679) nachgedacht. In seinem Hauptwerk „Leviathan“ beschreibt er die Unruhe der neuen Zeit, die geprägt war von den Entdeckungen der neuen Welt und der sich entfaltenden kapitalistischen Wirtschaftsform: Das Glück des Erdenlebens bestehe nun nicht mehr in einer „*ungestörten Seelenruhe*“, wie es noch die „*älteren Sittenlehrer*“ behauptet hätten. Glückseligkeit sei in der Neuzeit ein „*beständiger Fortgang von einem Wunsch zum anderen, wobei die Erreichung des ersteren immer dem folgenden den Weg bahnen muss.*“ Das menschliche Glück sei von äußeren Faktoren wie Reichtum, Ruhm und Ehre abhängig.

Das Problem dabei ist: Der Reichtum, der einem anderen Glück bereitet, ist nicht der meine. Hätte ich ihn, ginge es mir besser: Die Menschen konkurrieren – in einer so konstruierten Welt - um knappe Güter und werden so zwangsläufig zum „*Feind des anderen*“. Laut Hobbes braucht es daher eine höhere institutionelle Gewalt, also einen Staat, der für Sicherheit sorgt.

Konsum und Glück

Was Hobbes im 17. Jahrhundert beobachtet, gilt heute noch in viel größerem Ausmaß: In unserer kapitalistischen Welt ist für die allermeisten Menschen das Glück von außen, also von Konsum und Erwerbsarbeit, abhängig: Wir hanteln uns von *einem Wunsch zum anderen* und hoffen so immer glücklicher zu werden. Das Wirtschaftswunder in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat uns verwöhnt und dafür gesorgt, dass eine Zeitlang alle immer mehr bekamen. Nun mag bezweifelt werden, ob die Menschen dadurch wirklich immer glückseliger wurden, aber als zentrales Leitmotiv unserer Gesellschaft taugt das Ziel des Wachstums der Wirtschaft allemal noch.

Dieser Wachstumstrend ist jedoch seit Jahren aufgehalten: Die unteren Einkommensschichten verbuchen schon seit 20 Jahren keine realen Einkommenszuwächse. Die Wirtschaftskrise des Jahres 2008 hat den gesamten Reichtum schrumpfen lassen, seither erholt sich „die Wirtschaft“ nur sehr schwach. Die Verknappung der fossilen Ressourcen wird das Wachstum weiter bremsen.

Verunsicherung

Trotz einer noch nie da gewesenen Fülle an materiellem Reichtum, macht sich also allgemeine Verunsicherung breit: Manche mussten schon Einkommenseinbußen hinnehmen. Viele fürchten, dass der eigene Reichtum in Gefahr ist. Weil wir – mit Thomas Hobbes - *glauben*, dass davon das eigene Glück abhängt, macht sich irrationale Panik breit: Der Staat soll helfen und zumindest das Vorhandene absichern! Er soll uns vor dem Einbruch unser Konsummöglichkeiten (= unseres Glücks) bewahren: Er soll alle (armen) Menschen vor unseren Grenzen abhalten, damit wir nicht teilen müssen. Er soll die Wirtschaft wieder ankurbeln. Und um die kollektive Verunsicherung zu besänftigen, müssen neue Sicherheitsinstitutionen geschaffen werden, die zusätzlichen Schutz vor der Verunsicherung versprechen: daher auch die neuen Ordnungsdienste.

Ordnungsdienste werden die allgemeine Verunsicherung niemals besänftigen können, weil sie eine reine Symptombekämpfung sind, die nicht an den Wurzeln der Verunsicherung ansetzen. Vermutlich wäre es sinnvoller, wieder auf die „*älteren Sittenlehrer*“ zu hören. So meinte beispielsweise Aristoteles, dass „*die wahre Glückseligkeit in der Muße*“ (Aristoteles) liege. Oder neuzeitlich mit Mahatma Gandhi: „*Das Glück entflieht uns, wenn wir hinter ihm herrennen. In Wahrheit kommt das Glück von innen.*“

Markus Pühringer

Markus Pühringer ist Grüner Gemeinderat in der Stadt Linz sowie Vorstandsmitglied von Pax Christi OÖ.